

„Kroatiens Finanz- und Haushaltspolitik am Scheideweg“

In Anwesenheit des haushaltspolitischen Sprechers der CDU/CSU Bundestagsfraktion der letzten Legislaturperiode : Klaus-Peter Willsch sowie des Dekan des Zagreber Instituts für Wirtschaft und Management: Dr. Đuro Njavro eröffnete der Vertreter der Europäischen Kommission in Kroatien: Dr. Branko Baričević vor einem ausgewählten Publikum von Parlamentariern, Wirtschafts- und Medienvertretern die gemeinsam mit der "Zagreber Initiative" durchgeführte zweite Dialogveranstaltung der KAS: „Economic Policy Debate“ zur Diskussion aktueller ökonomischer Herausforderungen.

In seinen einleitenden Worten betonte der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung, **Dr. Michael Lange** die Wichtigkeit solcher Veranstaltungen, weil Kroatien mehr öffentliche Debatten zwischen Politikern und Wirtschaftsexperten über die wirtschaftspolitische Strategie des Landes brauche. Es gelte den Meinungsumtausch über alternati-



ve wirtschaftspolitische Konzepte zu intensivieren und dabei auf die Erfahrungen mit bisher verfolgten Politikansätzen zurückzugreifen. Die Erfahrungen zeigten, dass keine der bisher verfolgten Strategien Erfolg gehabt und Kroatien vor der Einbeziehung in

die „Excessive Deficit Procedure“ bewahrt habe. Dr. Lange unterstrich, dass diese Konferenz eine hervorragende Gelegenheit sei, Wege aus dem aktuellen kroatischen Haushaltsdefizit und der wachsenden Staatsverschuldung zu weisen. Zum Schluss seiner Rede verwies Dr. Lange auf die positiven Erfahrungen seines Heimatlandes Deutschland, das nachdem man es vor einer Dekade in den Medien als „kranker Mann Europas“ charakterisiert habe, inzwischen mit Hilfe einer adäquaten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zum europäischen Wachstumsmotor geworden sei.



Der Vertreter der Europäischen Kommission in Kroatien, Botschafter **Branko Baričević**, stellte in seinem Referat zuerst kurz die Gründungsgeschichte der Europäischen Union dar, welche von Beginn an ein Streben für ein friedliches, vereintes und erfolgreiches Europa gewesen sei. Er unterstrich die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes, der sich vor allem in der Freizügigkeit für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen bewährt.

Botschafter Baričević beschönigte die aktuelle Krise der Europäische Union nicht, verwies jedoch auf die Tatsache, dass es immer mehr Anzeichen dafür gebe, dass sich wieder wirtschaftliche Wachstum einstelle und schon in diesem Jahr wieder einen Wert von 1,4% des BIP erreichen könnte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Februar 2014

www.kas.de

Dies sei es ein Beweis dafür, dass das europäische Projekt erfolgreich sein kann wenn es sich zu einer gemeinsame Umsetzung von Strukturreformen und einer entsprechenden Haushaltskonsolidierung durchbringen kann. Er verwies zudem auf die „Ent-



wicklungsstrategie Europa 2020", die sich neben der Suche nach möglichen Auswegen aus der wirtschaftlichen Krise, in erster Linie auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine andere Art von Wachstum, also eines klügeren, nachhaltigeren und integrativen Wachstums fokussiert. Er unterstrich die Möglichkeiten, die sich Kroatien aus der Bereitstellung von EU Fördermitteln im Umfang von jährlich nahezu einer Milliarde Euro bieten und dies trotz des insgesamt um 3,5% gegenüber der Vorperiode (2007-2013) reduzierten EU-Haushalt. Er ging dabei auch kurz auf das sog. „Europäische Semester“ ein, an dem Kroatien zum ersten Mal als Vollmitglied der EU teilnehme. Er betonte, dass Kroatien das einzige Mitglied der EU sei, welches in das EPD Verfahren sowohl wegen der Höhe des Haushaltsdefizits als auch wegen der hohen Staatsverschuldung einbezogen wurde. Allerdings gebe es neben Kroatien noch weitere 16 Mitgliedstaaten die ähnliches durchmachen müssen. Am Ende seiner Ausführungen unterstrich der EU Botschafter, dass das EPD ein schwieriger Prozess mit vielen Herausforderungen sei, er aber die Grundlage für das Erreichen der gemeinsamen Defizitkriterien und die Realisierung von Wachstum und neuer Arbeitsplätze böte, die zum Wohlstand aller Bürger in Kroatien und der Europäischen Union beitragen könnten.

Der Dekan des Zagreber Instituts für Wirtschaft und Management, **Dr. Đuro Njavro**, brachte seine Zufriedenheit über die Verpflichtungen zum Ausdruck, welche heute mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen

Union verbunden seien, denn es sei die einzige Chance die Staatshauhalts der Mitgliedstaaten unter Kontrolle zu halten und damit Schaden von den Ökonomien der Mitgliedsstaaten abzuwenden. Die Gründe für die enormen Haushaltsprobleme sehe er vornehmlich im Agieren staatlicher Institutionen, die noch Instrumente ehemaliger, sozialistischen Lebensfürsorge seien. Das Kroatische Sozialsystem assistierte den Bemühungen, um die Etablierung einer demokratischen Gesellschaft und stellte die Herbeiführung effizienter Märkte zurück.

Er betonte, wie wichtig ausländischen Investitionen für Kroatien seien, sowohl um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und



seiner Industrie zu erhöhen, als auch neuen Technologien Raum zu geben und neue Vertriebswege für kroatische Unternehmen zu erschließen. Als Gründe für ausbleibende ausländische Investitionen fokussierte er vor allem auf die Unsicherheit ausländischer Investoren, die nicht immer wüssten, ob und wann und in welchem Umfang ihre Produkte den vollen Zugang zum europäischen Binnenmarkt EU-Markt haben würden. Daneben hielt er die, auf dem politischen Despotismus und der Korruption beruhenden rechtlichen und administrativen Unsicherheiten, für ebenso wichtige Faktoren der Verhinderung eines wachsenden ausländischen Engagements in Kroatien



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Februar 2014

www.kas.de

Er glaube deshalb, dass die aktuelle Krise eine Chance für die Rückkehr zu einer Marktsteuerung der Wirtschaft eröffne, was von Investoren als ein positives Signal gewertet würde.

Seiner Meinung nach, solle sich Kroatien weniger auf die Industrie als zuerst einmal auf die Entwicklung des Tourismus und der Landwirtschaft konzentrieren und kleinen und mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben größere Aufmerksamkeit schenken.

Am Ende seiner Rede gab er seiner Hoffnung Ausdruck, die Europäischen Union möge durch eine Umschuldung der finanziellen Verpflichtungen Kroatiens die finanziellen Lasten für das Land auf ein akzeptables Niveau herunterfahren, die wirtschaftliche Zusammenarbeit Kroatiens mit Bosnien und Herzegowina erleichtern und die rasche Umsetzung des Projekts einer Adriatisch-Ionischen Autobahn unterstützen.

Das Mitglied des Deutschen Bundestages und bisheriger haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus-Peter Willsch**, blickte zu Beginn seiner Rede auf das Deutschland vor zehn Jahren zu-



rück, als das deutsche Wirtschaftswachstum das niedrigste in Europa und mehr als fünf Millionen Menschen arbeitslos waren. Heute dagegen läge die Arbeitslosigkeit bei unter drei Millionen, der Haushalt nach einem damaligen Defizit von über 4% des BIP heute wieder im Gleichgewicht und das Land habe es geschafft wieder die stärkste Wirtschaftskraft in Europa zu werden.

Er betonte, dass diese Veränderungen nicht über Nacht eingetreten wären, sondern das Ergebnis zum Teil sehr schmerzhafter Reformen gewesen sei. Er stellte daraufhin einige Aspekte der deutschen Arbeitsmarktreformen (sog. „Hartz IV-Reformen“) vor die sich vor allem auf Maßnahmen zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitskräftenachfrage sowie solche zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Erleichterung weiterer Anpassungsprozess.



Den Hauptgrund für die aktuellen Krise sehe er dagegen vornehmlich in den hohen Zinslasten und das Übergreifen dieser finanzpolitischen Probleme auf die realwirtschaftlichen Strukturen, die nicht nur die Kreditwürdigkeit der betroffenen Staaten, sondern aller europäischen Volkswirtschaften insgesamt in Gefahr brächten. Aus diesem Grund halte er es für richtig von der EU Kommission ein Defizitverfahren gegen Kroatien zu eröffnen, so dass die Probleme früh angegangen und die notwendigen Schritte frühzeitig eingeleitet würden.

Am Ende seiner Ausführungen riet der Bundestagsabgeordnete und langjährige Vorsitzende der deutsch-kroatischen Parlamentariergesellschaft den kroatischen Entscheidungsträgern den gleichen Weg wie Deutschland zu gehen, obwohl ein solcher mit vielen Problemen und Widerständen konfrontiert sein würde. Im Ergebnis habe er die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert und schließlich zu einer Steigerung der Steueraufkommen und mittelbar einen Schuldenabbau möglich gemacht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Februar 2014

www.kas.de

In der sich anschließenden und vom kroatischen Wirtschaftsprofessor und Vorsitzenden des Mitveranstalters „Zagreber Initiative“ **Mladen Vedris** moderierten Diskussionsrunde ging es dann zuerst noch einmal um die Hindernisse für Auslandsinvestitionen in Kroatien.



Anwesende Investoren berichteten über ihre ganz individuellen Erfahrungen mit den kroatischen (Investitions-) Behörden und beschrieben die alltäglichen Probleme mit denen sie konfrontiert sind, wenn Sie z.B. Erweiterungsinvestitionen etc. tätigen wollen. Sie bemängelten die fehlende Strategie der Regierung was die Entwicklung eigener Ressourcen angeht und vermissen die sonst üblichen Förderprogramme für ausländische Investoren.

Auch das momentan sich im legislativen Prozess befindliche neue kroatische Arbeitsgesetz kam zur Sprache. Es wurde die Sorge geäußert, dass die darin vorgesehenen Maßnahmen zu einer (weiteren) Verarmung großer Teile der kroatischen Bevölkerung führen würde. Dem wurde jedoch entgegen gehalten, dass eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes -zumindest in Deutschland- zu mehr Arbeit bzw. zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen geführt habe. Ebenso sei das Angebot von Teilzeitarbeit auf eine große Resonanz gestoßen, denn viele Arbeitnehmer bevorzugten es aus den verschiedensten Gründe eben nicht Vollzeit zu arbeiten, sondern sich nebenher noch um anderer Dinge kümmern zu können, wie etwa Familie, Kinder, Altenpflege und Hobbys. Dies habe vor allem die Beschäftigung älterer Menschen sowie vieler Frauen erst ermöglicht bzw. insgesamt deutlich gesteigert.

Letztlich sei „sozial“ alles, was Arbeit schaffe und den Menschen ein Einkommen und damit ein Auskommen ermögliche. Man dürfe bei der Frage nach der Lohnhöhe im Rahmen der Debatte um den „Mindestlohn“ nicht vergessen, dass die eigentliche Alternative, die sich für viele Arbeitnehmer mit Blick auf einen (als zu niedrig empfunden) Lohn kein höherer (Mindestlohn) sondern gar kein Lohn sei. Dies gelte es zu beachten, wenn man über (die Einführung von) Mindestlöhnen diskutiere.

Ein Mindestlohn mache es Arbeitslosen noch schwerer in Arbeit zu gelangen, weil es die Hürden für eine produktive Beschäftigung erhöhe.

Im Anschluss an die Veranstaltung traf Herr Willsch dann noch mit einer Reihe von Wirtschaftsexperten der EVP-Partnerpartei HDZ zusammen, um mit Ihnen bestimmte Aspekte und Thesen der Veranstaltung zu vertiefen.

